

LSAP

Wahlprogramm

2018

Kurzfassung



SOLIDARITÉIT LIEWEN

Die LSAP setzt sich seit über 100 Jahren konsequent für die Rechte der Arbeitnehmer, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt ein. Sie wird auch in Zukunft alles tun, um den Sozialstaat zu stärken und langfristig abzusichern. Nur ein starker Sozialstaat kann gleichzeitig Garant sein für Gemeinwohl und hohe Lebensqualität.

ZESUMMEN!

Fir Fortschrëtt a Gerechtegkeet

Fortschritt ist kein Selbstzweck: Er muss den Menschen dienen und ihr Leben konkret verbessern. Die LSAP setzt sich für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Wohlstand ein. Sie fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sorgt dafür, dass niemand auf der Strecke bleibt. Das gilt für Hilfsbedürftige, die es allein nicht schaffen. Das gilt für Rentner, die sich eine gute Altersversorgung aufgrund ihrer Lebensleistung redlich verdient haben. Das gilt auch und besonders für junge Menschen, die auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben echte Perspektiven benötigen, um sich eine eigene Existenz und Zukunft aufbauen zu können. Sie haben das Recht auf eine solide Grundausbildung, die lebenslanges Lernen und sozialen Aufstieg ermöglicht; sie haben aber auch Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum, eine saubere Umwelt und einen schonungsvollen Umgang mit Naturressourcen. Solidarität verpflichtet, auch gegenüber künftigen Generationen!

Fir e moderne Rechts- a Sozialstaat

Moderne rechtsstaatliche Institutionen, die an den gesellschaftlichen Wandel angepasst sind, ein öffentlicher Dienst, der den Ansprüchen der Bürger gerecht wird, und gesunde Staatsfinanzen, die sozialstaatliche Errungenschaften absichern und wirtschaftliche Entwicklung durch öffentliche Investitionen fördern, legen den Grundstein für sozialen Frieden und sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können und dabei Anspruch auf Bildung, Gleichberechtigung, soziale Absicherung und eine hohe Lebensqualität haben.

Fir e gutt organiséierte Staatsdénsgscht

Die LSAP tritt für einen modernen, gut organisierten Staatsdienst ein, der jedem Bürger – unabhängig von seiner Herkunft – die Möglichkeit gibt, soziale und andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Qualität und Zugang zu Bildung, Gesundheit und Sicherheit, um nur diese

Kernbereiche zu nennen, dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Nur der Staat kann Gleichbehandlung und Gerechtigkeit gewährleisten.

Die LSAP wird auch in Zukunft auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept setzen.

Die LSAP steht für eine konsequente Einstellungspolitik, die mit der Entwicklung des Landes Schritt halten muss. Darüber hinaus wird sie

- die Harmonisierung aller Berufslaufbahnen anstreben, gemäß dem Prinzip „gleicher Gehalt für gleichen Schulabschluss“
- Telearbeit und Lifelong Learning im öffentlichen Dienst unterstützen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- Arbeitszeiten flexibler gestalten
- die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse beschleunigen
- den Bürokratieabbau weiter vorantreiben

Der Ausbau des INAP und dessen Weiterentwicklung zu einer Verwaltungsschule des öffentlichen Dienstes hat für die LSAP Priorität.

Fir eng nei Verfassung an zäitgeméiss Institutionen

Die LSAP wird prinzipiell am neuen Verfassungstext festhalten und sich im Parlament im Rahmen der ersten Lesung für das neue vorgeschlagene Grundgesetz aussprechen. Anstelle einer zweiten Lesung soll der neue Verfassungstext allen stimmberechtigten Bürgern anschließend nach breiter öffentlicher Diskussion zur Abstimmung per Referendum vorgelegt werden, damit er spätestens Ende 2020 in Kraft treten kann. Die LSAP setzt sich weiter dafür ein, das Primat des Allgemeinwohls in unserem Grundgesetz zu verankern.

Die LSAP bekennt sich zu einer strikten Gewaltentrennung und wird die Funktionsweise der rechtsstaatlichen Institutionen weiter optimieren.

Fir d'Opwärtung vum Parlament

Im rechtsstaatlichen Institutionengefüge gilt es, das Parlament als Volksvertretung und Kontrollorgan der Regierung zu stärken. In europolitischen Fragen wird die Konsultierung des Parlaments im Vorfeld wichtiger Entwicklungen auf EU-Ebene Pflicht. Im Sinne einer größeren Transparenz wird die LSAP ein Lobbyregister bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen einführen.

Damit die Abgeordnetenkammer seine vielfältigen Aufgaben vollends erledigen kann, setzt sich die LSAP für ein Vollzeitparlament ein. Die Ausführung des Abgeordnetenmandats soll unvereinbar mit anderen beruflichen Tätigkeiten und politischen Ämtern in lokalen Exekutiven werden.

Die LSAP ist bereit, über die Einführung eines einheitlichen Wahlbezirks zu diskutieren, mit entsprechender Anpassung des Wahlrechts.

Fir d' Stärkung vun de Biergerrechter

Die LSAP wird die Demokratie weiter stärken und neben der Aufwertung des Parlaments eine stärkere Partizipation der Bürger an politischen Debatten und Entscheidungen fordern.

Die LSAP wird die bestehende Gesetzgebung über den Bürgerbeauftragten (Médiateur) aufgrund der bisherigen Erfahrung novellieren. Der zukünftige Ombudsmann soll weitere Zuständigkeiten erhalten im Bereich des Schutzes der Menschenrechte. Sein Wirkungsbereich wird auf den gesamten Sektor der öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen ausgedehnt. Ministerien und Verwaltungen müssen binnen einer gesetzlichen Frist zu den Anfragen des Ombudsmanns Stellung beziehen.

Fir d' Optiméierung vun der Regierungsarbeit

Die Regierung bestimmt die Politik des Landes. Sie ist vor dem Parlament verantwortlich. Die LSAP befürwortet eine Begrenzung der Zahl der Regierungsmitglieder auf maximal 15. Der Zuschnitt und Bündelung ministerieller Zuständigkeiten soll aufgrund politischer Prioritäten und Zielsetzungen erfolgen und nicht das Ergebnis von Personenfragen oder rein parteipolitischen Erwägungen sein.

Angesichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Digitalisierung, die Verbesserung der Lebensqualität und die wachsenden Ungleichheiten, setzt sich die LSAP für die Schaffung eines Zukunftsministeriums ein, wie es auch schon in anderen Ländern eingerichtet worden ist. Das Zukunftsministerium arbeitet eine langfristige Strategie und konkrete Maßnahmen aus, wie den Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt begegnet werden kann.

Fir eng zäitgeméiss Justiz

Ein gut funktionierendes Justizwesen gehört zu den Grundlagen eines ordentlichen Rechtsstaats. Die Justiz muss jedem Bürger zugänglich sein und in angemessenen Fristen Recht sprechen. Für die LSAP ist es prioritär, Gerichte und Justizverwaltungen sowohl materiell wie auch personell mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Die Unabhängigkeit der Justiz von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen ist Voraussetzung für eine rechtsstaatliche Demokratie.

Die LSAP befürwortet darüber hinaus die Einrichtung einer Plattform, in der alle relevanten Daten und Informationen zu Rechtsfragen den Bürgern in verständlicher Form zur Verfügung gestellt werden. Die LSAP setzt sich für eine zügige Umsetzung des Konzepts der „papierlosen“ Justiz ein.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Arbeits- und Sozialgerichte mehr Mittel und Ressourcen bekommen, um die anhängigen Streitfälle und Verfahren in einem angemessenen Zeitraum bearbeiten und abwickeln zu können.

Fir vereinfacht Geriichtsprozeduren

Eine Vereinfachung der Gerichtsverfahren und ein verstärkter Rückgriff auf alternative Strafen werden ebenfalls zu einem Rückgang der Verfahrensdauer beitragen.

In der Strafjustiz wird die Einsetzung eines Eilverfahrens bei eindeutiger Sachlage vorgeschlagen ebenso wie ein verstärkter Rückgriff auf die Möglichkeit, Urteile im Einverständnis mit den Beschuldigten zu fällen. Das bestehende Gesetz zum Urteil im Einverständnis soll geprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Die Mediation wird als alternatives Lösungsmittel für Konfliktsituationen gefördert werden. Die LSAP will die allgemeinen Reformen des Strafrechts vorantreiben: Die verschiedenen Strafgesetze und die Verjährungsfristen müssen überarbeitet und harmonisiert werden. Jeder Strafrichter sollte als Alternative zu Gefängnis oder Geldstrafe allgemeinnützige Arbeiten verordnen dürfen.

Mit der Reform des Strafvollzugs und der zuständigen Verwaltung sind die Voraussetzungen für einen humanen und effizienten Strafvollzug geschaffen. Minderjährige Straftäter dürfen nicht mit erwachsenen Tätern unter einem Dach untergebracht werden. Die LSAP wird darüber hinaus Übergangsstrukturen einrichten, die die Wiedereingliederung der Täter in die Gesellschaft erleichtern helfen.

Fir e modernt Zivilrecht

Im Zivilrecht soll nach der Reform des Eherechts und der Scheidungsgesetzgebung auch das Adoptions- und das Vormundschaftsrecht modernisiert werden. Die LSAP fordert eine qualitative Evaluierung der praktischen Anwendung der neuen Scheidungsregeln nach drei Jahren Erfahrung. Die LSAP wird außerdem dafür sorgen, dass die medizinisch unterstützte Fortpflanzung inklusive Eizellspende gesetzlich geregelt wird. Die im Ausland durchgeführte legale Leihmutterchaft soll in Bezug auf die Rechte der Kinder in Luxemburg anerkannt werden. Der Regierungsentwurf zur Regelung der Geschlechtsbestimmung im Zivilstand soll kurzfristig in Kraft treten.

Für die LSAP ist es wichtig, auch in Luxemburg eine allgemeine rechtliche Regelung für Sammelklagen zu schaffen und dies nicht bloß im Verbraucherschutz. Die LSAP spricht sich für einen besseren gesetzlichen Schutz von Whistleblowern aus und befürwortet den entsprechenden EU-Richtlinienvorschlag. Sie hält des Weiteren eine Neuregelung des „état de nécessité“ für angebracht.

Fir Pressefräiheet a Meenungspluralismus

Zur Stärkung der Pressefreiheit wird die LSAP das Auskunftsrecht für Journalisten im Pressegesetz verankern. Die LSAP wird entsprechend ihrer Grundsätze die Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung konsequent verteidigen und jegliche Versuche unterbinden, die auf deren Einschränkung abzielen.

Die LSAP wird sich auch weiterhin für Meinungs- und Pressevielfalt einsetzen. Um veränderten Lesegewohnheiten und technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, plädiert die LSAP für eine tiefgreifende Reform des Pressehilfegesetzes. Neben klassischen Printmedien sollen künftig auch

Online-Medien staatliche Hilfe erfahren. Im Mittelpunkt muss dabei die Qualität der produzierten Inhalte stehen, nicht deren Quantität.

Im Sinne der Medienvielfalt – auch im audiovisuellen Bereich – spricht sich die LSAP für die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders aus, mit programmatischem Schwerpunkt auf Nachrichtensendungen, Reportagen und Dokumentationen.

Fir d'Sécherheet vun de Bierger

Alle Bürger haben ein Recht auf Schutz und Sicherheit. Die LSAP wird deshalb allen sicherheitsrelevanten Faktoren Rechnung tragen und konsequent auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gewalt- und Konfliktprävention sowie auf die Stärkung des nationalen Sicherheitsdispositivs und die überregionale, europäische und internationale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich setzen.

Die Regierung hat mit der Polizeireform und der Reform der Rettungsdienste notwendige und wichtige Maßnahmen eingeleitet, um einen besseren Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten und ihr Sicherheitsempfinden zu steigern. Die LSAP wird diese Reformen in der kommenden Legislaturperiode konsequent umsetzen und die Aufstockung der nationalen Sicherheitskräfte kontinuierlich fortsetzen.

Die LSAP wird sich auch dafür einsetzen, dass Gemeindebedienstete (Agents municipaux) mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, um kleinere Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu ahnden.

Fir d'staatlech Reguléierung vum Cannabis-Verkaf

Nach der Cannabis-Freigabe für therapeutische Zwecke in Luxemburg wird die LSAP noch einen Schritt weiter gehen und den Cannabis-Verkauf und -Konsum auch für rekreative Zwecke ab 18 Jahren erlauben und staatlich regeln. Um Drogentourismus zu vermeiden, wird der staatlich geregelte Verkauf von Cannabis sich auf in Luxemburg Ansässige beschränken.

Die LSAP wird darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Sensibilisierung auf mögliche Risiken und Gefahren durch Cannabis-Konsum aufmerksam machen. Die Bekämpfung von Drogenmissbrauch fällt in den Aufgabenbereich einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik. Die LSAP wird dieser Aufgabe auch in Zukunft konsequent nachkommen und insbesondere Jugendliche vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs warnen.

Fir d'Trennung vu Kierch a Staat

Mit der Trennung von Kirchen und Staat ist der Dreier-Koalition ein wichtiger gesellschaftlicher Fortschritt gelungen, der die Beziehungen zwischen dem Staat und den anerkannten Religionsgemeinschaften neu regelt.

Die LSAP wird diese Errungenschaften verteidigen und keinen Rückschritt in Sachen Trennung von Kirchen und Staat hinnehmen. Das gilt in besonderem Maße für die im neuen Grundgesetz vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen zur Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, die auf einem politischen Konsens beruhen.

Die Sozialisten werden darüber hinaus ein „Observatoire de laïcité et du fait religieux“ schaffen, das nach französischem Vorbild Religionsgemeinschaften, laizistischen Einrichtungen, Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren beratend zur Seite stehen soll.

Fir eng oppen an inklusiv Gesellschaft

Gesellschaftliches Zusammenleben beruht einerseits auf einer Kultur des gegenseitigen Respekts, der gemeinsamen Werte, die fest in unserer humanistischen Tradition verankert sind. Andererseits gründet Zusammenleben auf dem Prinzip der geteilten Verantwortung. Alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Religion und sexueller Orientierung bilden eine Gemeinschaft und müssen mit- und füreinander Verantwortung übernehmen. Niemand darf auf der Strecke bleiben oder ausgegrenzt bzw. diskriminiert werden. Solidarität ist jene Grundhaltung, die eine multikulturelle Gesellschaft verbindet und zusammenhält. Für die LSAP ist solidarisches Handeln Voraussetzung, damit Integration gelingt.

Die LSAP wird die Rahmenbedingungen so ausrichten, dass alle Generationen – Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren im dritten und vierten Alter - einen Platz in unserer Gesellschaft finden und sich ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können.

Fir eng familjefrëndlech Gesellschaft

Eltern haben den Anspruch, gut für ihre Kinder und Angehörigen zu sorgen und ihnen gute Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die LSAP wird Familien konsequent in ihren Bemühungen unterstützen, damit beide Elternteile ihre Verantwortung übernehmen und sich die beruflichen und familiären Aufgaben gerecht aufteilen können. Dafür benötigen sie finanzielle Unterstützung, angemessene Rahmenbedingungen (flexible Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle) und kindgerechte Betreuungsstrukturen mit angepassten Öffnungszeiten.

Konkret plädiert die LSAP deshalb für ein Recht auf Teilzeitarbeit aus familiären Gründen bis zum 12. Lebensjahr des Kindes und mit einem Recht auf Rückkehr in Vollzeit.

Die LSAP setzt sich daneben für den Ausbau und mehr Qualität im Bereich Kinderbetreuung ein.

Fir d'Wuel vun de Kanner

Familien mit Kindern leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und müssen vom Staat unterstützt werden. Die LSAP wird ab 2019 das Kindergeld strukturell erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen. Die LSAP wird das Kindeswohl in den Vordergrund rücken und die Rechte der Kinder weiter stärken. Kinderarmut ist auch in einem

reichen Land wie Luxemburg eine unzumutbare Realität. Deshalb wird die LSAP Familien mit armutsgefährdeten Kindern gezielt helfen, sowohl finanziell als auch betreuungsmäßig.

Kinder müssen darüber hinaus vor Gewalt und möglichen Übergriffen geschützt werden. Kindesmissbrauch darf es in unserer Gesellschaft nicht geben und muss mit harten Strafen geahndet werden.

Die LSAP wird den Kampf gegen Mobbing und sexuelle Übergriffe mit allen verfügbaren Mitteln fortsetzen und zum Wohlbefinden aller Kinder beitragen.

Fir d'Förderung vun der Jugend

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Sie muss gewährleisten, dass Jugendliche über bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre persönliche Entwicklung verfügen. Das fängt bei der Bildung an. Schulen müssen sicherstellen, dass Jugendliche ein lernförderliches, kreatives Umfeld vorfinden, das ihren Interessen Rechnung trägt und sie in ihrer persönlichen Entwicklung voranbringt.

Auch in ihrer Freizeit brauchen Jugendliche Angebote, die sie für ihre Weiterentwicklung nutzen können. Die LSAP wird entsprechende Jugendeinrichtungen (Jugendparlamente, Jugendhäuser und Jugendtreffs) im Rahmen einer transversalen Jugendpolitik unterstützen und Heranwachsende verstärkt in gesellschaftliche Aufgaben einbinden.

Besonders gefährdete Jugendliche benötigen darüber hinaus Auffangstrukturen, die ihnen bei ihren Alltagsproblemen weiterhelfen. Die LSAP wird solche Strukturen fördern und dafür sorgen, dass entsprechende Wohneinheiten für Jugendliche geschaffen werden, die nicht mehr in ihren Familien leben und Schwierigkeiten haben, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen.

Fir eng zäitgeméiss Seniorepolitik

Angesichts steigender Lebenserwartung haben Senioren im Anschluss an ihre Berufstätigkeit nicht nur den Anspruch, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sie wollen sich auch in die Gesellschaft einbringen und ihre Erfahrungen weitergeben. Die Schaffung von Orten und Möglichkeiten der Begegnung - Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften zwischen Studenten und Senioren - stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die Entwicklung und das Verantwortungsbewusstsein von Heranwachsenden.

Senioren sollen mitreden und mitentscheiden können. Die LSAP wird das Mitspracherecht älterer Menschen stärken und auf Gemeindeebene verstärkt auf entsprechende Kommissionen setzen, die den kommunalen Entscheidungsträgern beratend zur Seite stehen.

Daneben wird sich die LSAP für verbesserte Rahmenbedingungen für Senioren einsetzen. Seniorengerechte Wohnungen gehören ebenso dazu wie Mobilitäts-, Freizeit-, Fortbildungs- und Versorgungsangebote, die an die Bedürfnisse dieser Altersgruppe angepasst sind. Die Sozialisten wollen auch den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand sowie den Wechsel vom Eigenheim in eine Alters- und Pflegeeinrichtung flexibler gestalten und verbessern.

Fir Gläichberechtegung

Die LSAP hat im Laufe ihrer Geschichte wesentlich zur Stärkung der Frauenrechte und Gleichberechtigung beitragen. Die LSAP wird sich auch in den kommenden Jahren für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und folgende Ziele anstreben:

- ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern auf Regierungsebene herstellen
- eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten von Unternehmen mit Staatsbeteiligung festlegen
- das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bis auf null reduzieren
- echte Chancengleichheit bei der Berufswahl herstellen

Fir Selbstbestimmung

Das Grundrecht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt auch für die Festlegung der eigenen Geschlechtsidentität, also auch für Transgender-Personen und intersexuelle Menschen. Die LSAP wird eine Einschränkung dieses Rechts und Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität nicht zulassen. Daher werden wir die Prozedur, um den Geschlechtseintrag und den Vornamen im Personenstandsregister ändern zu lassen, vereinfachen und vor allem entpathologisieren. Für die Änderung des Geschlechtseintrags wird es künftig nicht mehr notwendig sein, medizinische und psychologische Gutachten zu erbringen, Hormontherapien zu durchlaufen oder sich geschlechtsanpassenden Operationen bis hin zur Sterilisation zu unterziehen. Neben dem Geschlechtseintrag "männlich" oder "weiblich" werden wir eine dritte Möglichkeit zulassen.

Geschlechtszuweisende Operationen an Kindern, die nicht zustimmungsfähig sind, werden wir auf der Grundlage medizinethischer Erwägungen gesetzlich einschränken. Dabei muss sichergestellt werden, dass das Wohl des Kindes immer im Mittelpunkt steht.

Fir behennertegerecht Strukturen

Schwachen und bedürftigen Mitbürgern kommt eine besondere Aufmerksamkeit zu. Das gilt in einem erhöhten Maß für Menschen mit Behinderungen. Die LSAP wird das Leitmotiv „Design for all“ konsequent befolgen, dies auch im digitalen Bereich. Alle öffentlichen Einrichtungen und Transportmittel müssen behindertengerecht ausgestattet werden. Dasselbe gilt für den Zugang zu gemeinschaftlichen Privatwohnungen. Öffentliche Online-Dienste müssen auch für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zugänglich sein. Die LSAP wird Menschen mit Behinderungen auch in ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung bestärken und ihnen Zugang zu Bildung und Beschäftigung unter bestmöglichen Voraussetzungen gewähren. Die LSAP wird sich für den weiteren Ausbau von behindertengerechten Aus- und Fortbildungsangeboten einsetzen und auch ihre Freizeitmöglichkeiten gezielt verbessern. Die LSAP wird den Ausbau von Wohnstrukturen für schwerbehinderte Kinder unterstützen.

Die LSAP setzt sich für einen nationalen Autismus-Plan ein, für ein besseres Bewusstsein, mehr Informationen und angepasste Infrastrukturen für die betroffenen Personen.

Fir d'Integratioun vun Asylberechtigten

Das Recht auf Asyl entspricht unseren Grundrechten und ist Bestandteil unseres demokratischen Rechtssystems. Die LSAP befürwortet die Bündelung sämtlicher Kompetenzen in Sachen Asyl, Immigration und Integration in einem Ministerium, allerdings mit getrennten Verwaltungen.

Die LSAP wird ihren Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten umsetzen:

- die beruflichen Kompetenzen von Asylbewerbern frühzeitig ermitteln
- den Zugang zur Beschäftigung und gesellschaftlichen Teilhabe erleichtern
- die Integration durch Sprachenerwerb fördern
- keine Schulklassen innerhalb von Betreuungseinrichtungen mehr zulassen und Kindern von Asylbewerbern den Zugang zur öffentlichen Schule ermöglichen
- Unterbringung, Lebensbedingungen und Betreuung der Asylbewerber verbessern
- den Zugang zum Gesundheitssystem und zur psychologischen Betreuung für hilfsbedürftige Asylbewerber erleichtern

Damit unser Asylsystem auch weiterhin effizient funktionieren kann und nicht missbraucht wird, ist auch eine funktionierende Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern sowie Personen ohne Aufenthalts- oder Bleiberecht in ihre Herkunftsländer notwendig. Der LSAP ist es bei diesem schwierigen Prozess jedoch besonders wichtig, die Würde der Menschen stets zu respektieren.

Fir eng kohärent Immigratiounspolitik

Luxemburg ist ein traditionsreiches Immigrationsland mit hohem Beschäftigungs- und Integrationsbedarf. Luxemburg hat in seiner langjährigen Entwicklung vom armen Agrarland zum wohlhabenden Industrie- und Dienstleistungsstandort wesentlich von der Arbeitskraft von Einwanderern, vom geschaffenen Mehrwert und Gewinn an kultureller Vielfalt profitiert. Die LSAP wird diesen Weg weitergehen und die Erfolgsgeschichte durch eine kohärente Einwanderungs- und eine konsequente Integrationspolitik fortsetzen. Sie sind Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung und Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.

Die LSAP wird konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, Fremdenhass und Rassismus vorgehen und das Zusammenleben zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen aktiv fördern.

Darüber hinaus spricht sich die LSAP für eine Umstrukturierung und Neuausrichtung des Nationalen Ausländerrates aus. Die LSAP wird Ausländervereinigungen auch künftig unterstützen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen für ausländische Mitbürger verbessern. Das gilt sowohl für die Vermittlung von Sprachkompetenzen als auch für die staatsbürgerliche Betreuung von Zuwanderern.

Fir eng staark öffentlech Schoul

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft! Zukunft gestalten heißt Perspektiven durch Bildung schaffen, denn Bildung ist der Grundstein für Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung. Sie muss möglichst früh ansetzen, den sozialen Aufstieg ermöglichen und den gesellschaftlichen

Zusammenhalt fördern. Das ist der Grund, weshalb wir eine starke *öffentliche* Schule benötigen, die für Chancengerechtigkeit sorgt und wichtige gesellschaftliche Werte vermittelt: Toleranz, Respekt, Solidarität, Gleichberechtigung und ein Bewusstsein dafür, dass Schulbildung nicht nur Wissen und Kompetenzen vermittelt, sondern auch Zusammenleben ermöglicht. In einem Einwanderungsland mit überdurchschnittlich hoher Migrationsrate ist letzteres besonders wichtig.

Der Integrationsbedarf ist in Luxemburg nach wie vor groß. Das gilt nicht zuletzt für den Bildungsbereich. Nur eine starke und anpassungsfähige öffentliche Schule kann dieser enormen gesellschaftlichen Herausforderung im Ansatz gerecht werden. Dafür benötigt sie zum einen angemessene Schulangebote, ausreichende Ressourcen und Infrastrukturen, zum anderen braucht sie die volle Unterstützung aller Schulpartner: Lehrer, Erzieher, Eltern, Politik und Zivilgesellschaft müssen an einem Strang ziehen, zum Wohl unserer Kinder und im Sinne des Gemeinwohls.

Fir eng kannergerecht Ganztagsbetreuung

Die LSAP setzt auf Qualität in der frühkindlichen Förderung und Ganztagsbetreuung. Entsprechende Qualitätsstandards sollten für alle Einrichtungen einheitlich geregelt, verbindlich festgelegt und kontrolliert werden. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist ein wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Ganztagsbetreuung. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass auch der Personalschlüssel für ganztägige Betreuung so berechnet wird, dass er dem tatsächlichen Betreuungsbedarf gerecht wird. Bei dessen Festlegung müssen Kinder mit spezifischen Bedürfnissen entsprechend berücksichtigt werden.

Jeder Grundschüler hat Anrecht auf eine ganztägige Betreuung. Die LSAP wird sich konsequent für den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten und Maison-Relais-Plätzen einsetzen und dafür sorgen, dass Ganztagsbetreuung erschwinglich und weitgehend im Einflussbereich der öffentlichen Hand bleibt. Die LSAP setzt sich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden dafür ein, dass das Recht der Kinder und Eltern auf Früherziehung in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die LSAP spricht sich für den landesweiten Ausbau von öffentlichen Ganztagschulen aus und tritt für eine Annäherung von Ganztagschulen und Maisons-Relais mit lokalen Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Musikschulen ein.

Fir d'Méisproochegkeet an der Schoul

Mehrsprachigkeit ist ein grundlegender Bestandteil des Luxemburger Schulsystems und der Gesellschaft, in der wir leben; sie zeugt von Weltoffenheit und gilt als Standortvorteil in einer globalisierten Welt. Die LSAP wird Mehrsprachigkeit auch in Zukunft auf allen Unterrichtsstufen fördern und darauf achten, dass sie nicht zur unüberwindbaren Hürde auf dem Weg zum Schulabschluss wird.

Das Erlernen der Luxemburger Sprache spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in das Luxemburger Schulsystem geht. Die LSAP wird diesem Sachverhalt Rechnung tragen und die mündliche Praxis der Luxemburger Sprache weiterhin

verstärkt fördern. Die LSAP spricht sich für eine Neugewichtung und Aufwertung der mündlichen Sprachkompetenz aus.

Die LSAP befürwortet eine engere Einbeziehung der Großregion, sie unterstützt grenzüberschreitende Schulprojekte und den Aufbau eines Netzwerks von Partnerschulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und kulturellem Austausch. Sekundarschüler sollten das Recht auf ein Auslandssemester bzw. -trimester in einer fremdsprachigen Schule haben.

Fir d' Digitalisierung a Medienerziehung an der Schoul

Im Zeitalter der Digitalisierung sollten autonomes, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen gezielt und verstärkt gefördert werden. Der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Der gesellschaftliche Wandel im Zuge der digitalen Revolution ist unaufhaltsam. Schulen müssen diese Entwicklung proaktiv begleiten und ihre Schulprogramme entsprechend anpassen. Die LSAP spricht sich für die Einführung eines fächerübergreifenden Medienerziehungsprogramms aus. Das gilt sowohl für die Grundschule als auch für den Sekundarunterricht. Medienkompetenz ist im Zeichen fortschreitender Digitalisierung unabdingbar. Kinder und Jugendliche dürfen, was die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien angeht, nicht alleingelassen werden.

Fir gezielt Förderung a Chancëgläichheet an der Schoul

Es gibt immer mehr Kinder und Schüler mit Lernschwierigkeiten, spezifischen Bedürfnissen und Verhaltensauffälligkeiten. Bei Kindern und Jugendlichen darf in Sachen Bildung nicht gespart werden. Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen so ausgestattet werden, dass sie diese schwierige Aufgabe unter bestmöglichen Voraussetzungen wahrnehmen können. Die LSAP tritt vor diesem Hintergrund für eine inklusive Schule ein, die für jeden Schüler ein passendes Angebot bereithält. Schulen sollten in diesem Sinne verstärkt auf Sozial- und Sonderpädagoginnen zurückgreifen können.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass alle Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit sie ein möglichst hohes Entwicklungs- und Bildungsniveau erreichen können.

Die LSAP spricht sich für eine Ausweitung der Ausbildungspflicht auf 18 Jahre für Schüler aus, die keiner regulären Arbeit nachgehen.

Fir e gutt Schouklima

Schüler haben unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder körperlichen Verfassung das Recht, sich in einem respektvollen Schouklima weiterentwickeln zu können. Bullying, Mobbing, Fremdenhass und Homophobie haben an Schulen nichts zu suchen und müssen von allen Schulpartnern konsequent durch gezielte Prävention und Konfliktbewältigung bekämpft werden. Die LSAP tritt dafür ein, dass alle Schulpartner im Vorfeld

eine Vereinbarung unterzeichnen, die es ermöglicht, Diskriminierungen und Übergriffe im schulischen Alltag wirksam zu unterbinden und mit Sanktionen zu belegen.

Die LSAP befürwortet das Einsetzen von Vertrauenslehrern, die gefährdeten und verunsicherten Schülern sowohl im Bereich der Konfliktprävention und Mediation als auch im Hinblick auf die schulische Orientierung an die Seite gestellt werden.

Fir eng zäitgeméiss Schoulausbildung

Schüler haben ein Recht auf gute Ausbildung und engagierte Lehrer. Die LSAP wird alles dransetzen, um den Mangel an qualifizierten Lehrern in den kommenden Jahren abzubauen und die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern.

Die LSAP unterstützt die Netzwerkbildung von Betreuungseinrichtungen und Schulen, um Innovation, Entwicklung und das Teilen von guten Praktiken voranzutreiben.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Fortbildungsbedarf für Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen und pädagogische Hilfskräfte analysiert und das Fortbildungsangebot an neue gesellschaftliche Entwicklungen angepasst wird. Die LSAP spricht sich in diesem Kontext für eine Aktualisierung der Schulprogramme aus.

Die LSAP setzt sich für eine Bilanzierung und Verringerung des bürokratischen Aufwands im Schulbetrieb und die Überarbeitung der Schulentwicklungspläne ein.

Fir eng Partnerschaft téscht Schoul a Kultur

Kultur sollte einerseits verstärkt in Schulprogramme einfließen; andererseits sollten Schulklassen konsequenter in außerschulische Kunstprojekte eingebunden werden. Begegnungen von Kunstschaffenden mit Schülern dienen der Kulturvermittlung und Allgemeinbildung. Sie fördern kreatives und autonomes Lernen. Die LSAP unterstützt entsprechende Projekte und Initiativen und wird die hierfür notwendigen Fördergelder bereitstellen.

Die LSAP wird auf allen Unterrichtsstufen Schulpartnerschaften mit Kultureinrichtungen fördern.

Fir Vollbeschäftegung a géint de Chômage

Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren alles dransetzen, die Zahl der Arbeitslosen weiter zu senken. In der nächsten Legislaturperiode soll die Arbeitslosenquote auf unter 4 Prozent gesenkt werden, das Erreichen dieses Eckwerts gilt als Vollbeschäftigung.

Statt in Arbeitslosigkeit wird die LSAP verstärkt in die Menschen investieren, in ihre Lern- und Entwicklungsfähigkeit, damit sie auch auf einem digitalen Arbeitsmarkt weiterhin bestehen können. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei jungen Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern ohne Job. Neben einer guten Grundausbildung werden Fortbildung und lebenslanges Lernen daher immer wichtiger.

Fir eng zolidd Berufsausbildung

Eine gute Grund- und Berufsausbildung ermöglicht nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sie bildet darüber hinaus eine Grundlage für weiterbildende Studien und lebenslanges Lernen.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit wird die LSAP ein besonderes Augenmerk auf jene Schüler richten, die sich mit der schulischen Bildung schwertun und den Anforderungen des Sekundarunterrichts nicht gerecht werden. Durch eine gezieltere Förderung und Betreuung sollen sie im Rahmen ihrer Schulzeit verstärkt auf die Berufswelt vorbereitet werden. Die LSAP setzt sich für ein Recht auf einen Ausbildungsplatz ein und wird zusammen mit den Sozialpartnern dafür sorgen, dass mehr Lehrstellen in Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Die LSAP befürwortet die Vereinbarung eines Ausbildungspakts, der darauf abzielt, alle Jugendlichen zu unterstützen und ihnen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Unternehmen, die konsequent in die Berufsausbildung investieren, sollten steuerlich entlastet werden, um anfallende Kosten zu kompensieren.

Fir Erwuessenebildung an en zweete Bildungswee

Jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient. Zudem sollte jederzeit die Möglichkeit bestehen, eine abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung wieder aufzunehmen und ein Abschlussdiplom auf dem zweiten Bildungsweg zu erlangen. Gleiches gilt für Erwachsene, die ihre Kenntnisse auffrischen und ihre Kompetenzen erweitern wollen. Lifelong Learning ist ein Bürgerrecht und sollte von allen als gesellschaftliche Verpflichtung wahrgenommen werden. Die LSAP wird die Schule des 2. Bildungswegs auch künftig unterstützen und konsequent weiterentwickeln.

Der Förderung von Sprachkompetenzen kommt im Rahmen der Erwachsenenbildung eine zentrale Bedeutung zu. Das gilt sowohl für das Erlernen der Luxemburger Sprache als Mittel zur Integration als auch für die Vermittlung von Fremdsprachen. Die LSAP wird das Angebot an Sprachkursen weiter ausbauen und verbessern.

Fir d'Stärkung vum Aarbechtsrecht

Das Arbeitsrecht hat auch in einem digitalen Zeitalter Allgemeingültigkeit und muss für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass unbefristete Arbeitsverträge auch künftig die Regel bleiben.

Darüber hinaus wird sich die LSAP für die konsequente Stärkung des Arbeitsrechts einsetzen und entsprechende Reformen umsetzen

- im Bereich der Sozialpläne
- im Hinblick auf die Maßnahmen zum Beschäftigungserhalt
- in Bezug auf die Absicherung des Streikrechts
- zur Stärkung der Kollektivverträge
- zur Bekämpfung von Mobbing am Arbeitsplatz

Fir d'Upassung vum Aarbechtsrecht an enger digitaler Welt

Die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen an die neue digitale Arbeitswelt angepasst werden. Die digitale Revolution wird den Wandel der Arbeitswelt in den kommenden Jahren rasant beschleunigen. Die Interessen der Arbeitnehmer und die Arbeitsbedingungen stehen für die LSAP dabei stets im Vordergrund. Ihr wird es vorrangig darum gehen,

- mögliche Lebensrisiken der Beschäftigten sozial abzusichern,
- berufliche Weiterbildung und Umschulung zu fördern,
- Arbeitszeitmodelle flexibler im Sinne der Beschäftigten zu gestalten,
- Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung von Arbeitsplätzen zu verhindern,
- eine gerechte und angemessene Entlohnung der Arbeitnehmer durchzusetzen,
- betriebliche Mitbestimmung auch in einer digitalen Welt zu ermöglichen,
- der digitalen Überwachung der Beschäftigten vorzubeugen,
- dem erhöhten Leistungsdruck und dem Gefühl, ständig verfügbar zu sein, entgegenzuwirken.

Fir d'Verkürzung vun der Aarbechtszäit

Der Produktivitätsgewinn, der sich unter anderem aus digitalen Prozessen ergibt, muss gerecht verteilt werden. Deshalb befürwortet die LSAP eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, auf ein gesetzlich festgelegtes Maximum von 38 Stunden pro Woche. Im Sinne einer Angleichung des Privatsektors an den öffentlichen Sektor wird der Jahresurlaub im Privatsektor während einer Fünf-Jahresperiode jährlich um einen Tag verlängert. Diese Maßnahmen werden insgesamt dazu führen, die Jahressoll-Arbeitszeit in Luxemburg wieder an die durchschnittliche Arbeitszeit der Eurozoneländer anzugleichen.

Das Recht auf Teilzeitarbeit sollte darüber hinaus verallgemeinert und an ein Recht auf Rückkehr in Vollzeitarbeit gekoppelt werden. Bei Teilzeitarbeit aus familiären Gründen bis zum 12. Lebensjahr des Kindes übernimmt der Staat die Beiträge zur Pensionsversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil.

Fir sécher a gesond Aarbechtsplazen

Arbeitsmedizin, Gewerbeinspektion und Arbeitgeber sind für das Wohl der Beschäftigten verantwortlich. Sie müssen gemeinsam sicherstellen, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht unzumutbaren Belastungen ausgesetzt und durch schlechte Arbeitsbedingungen und mögliche Unfall- bzw. andere Risiken gefährdet wird. Die LSAP tritt für eine Reform der Arbeitsmedizin und die Modernisierung und Stärkung der Gewerbeinspektion ein. Prävention und verstärkte Kontrollen sind dabei ebenso wichtig wie die Bewertung und aktive Vermeidung von Risiken und Gefahren bei Arbeitsabläufen durch Unternehmen. Sichere und gesunde Arbeitsplätze tragen gemeinhin zu einem guten Betriebsklima bei und helfen krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten zu verhindern.

Die LSAP setzt sich vor diesem Hintergrund für verstärkte Kontrollen durch die Gewerbeinspektion, Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz und eine wirksame Anti-Mobbing-Gesetzgebung ein.

Fir eng optimal Gesondheetsversuergung

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine optimale Gesundheitsversorgung, die weder von der sozialen Herkunft noch von der Höhe des Einkommens oder vom jeweiligen Wohnort abhängen darf. Die LSAP wird die medizinische Grundversorgung auch in den kommenden Jahren konsequent weiterentwickeln und ausbauen.

Die Allgemeinmediziner spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Sie sind die ersten Ansprechpartner für kranke Menschen; ihnen kommt dabei eine große Verantwortung zu. Die LSAP wird die postuniversitäre Weiterbildung für Allgemeinmediziner weiterentwickeln.

Dank des neuen Gesetzes zur Schaffung einer „Medical School“ werden Medizinstudenten künftig die Möglichkeit haben, ihr Bachelor-Studium in Luxemburg zu absolvieren. Das wird mit Sicherheit die Niederlassung von Allgemeinmedizinern hierzulande fördern. Gleichzeitig werden spezialisierte Studiengänge in den Bereichen Onkologie und Neurologie angeboten. Wie in anderen europäischen Ländern wird die berufliche Weiterbildung von Ärzten auch in Luxemburg Pflicht.

Fir eng optiméiert Noutfallversuergung

Das neue Spitalgesetz wird die qualitative Versorgung in Krankenhäusern nachhaltig verbessern. Ziel ist es u.a., die Notfallversorgung nachhaltig zu entlasten und die unnötigen Wartezeiten wesentlich zu verkürzen, damit jeder Patient innerhalb von zwei Stunden ärztlich versorgt werden kann. Eine entsprechende Plattform wird die notwendigen und vorrangigen Maßnahmen koordinieren und auf ihre sofortige Umsetzung drängen.

Die LSAP strebt eine engere Koordination zwischen „Maisons Médicales“ und Krankenhäusern an. Die „Maisons Médicales“ sollen als unabhängige Strukturen in die Spitalgebäude integriert werden.

Fir d'Verbesserung vun de Patienterechter

Die Sicherheit der Patienten und die Qualität der medizinischen Versorgung haben für die LSAP Vorrang. Ein Patientensicherheitsprogramm auf der Basis internationaler Standards soll sicherstellen, dass sowohl die ambulante als auch die klinische Versorgung in Krankenhäusern den vereinbarten Normen entspricht. Ein entsprechendes Akkreditierungsverfahren für sämtliche Krankenhäuser soll die bestmögliche Versorgung der Patienten gewährleisten.

Die LSAP setzt sich auch für eine Verbesserung der Patientenrechte ein und fordert die Schaffung eines Entschädigungsfonds für therapeutische Fehlbehandlungen. Patienten sollten in diesen Fällen ohne Fehlerbeweislast entschädigt werden.

Für den digitale Fortschritt an der Medizin

Der Digitalisierung kommt in allen Gesundheitsbereichen eine zunehmend wichtige Rolle zu. Sie wird dazu beitragen, eine vorbeugende und personalisierte Medizin aufzubauen; sie wird die Behandlungsmethoden und Verhaltensweisen beeinflussen, sie wird helfen, Nebenwirkungen bei chronischen Erkrankungen zu verhindern und eine bessere medizinische Überwachung ermöglichen.

Darüber hinaus wird sie die Patienten befähigen, mehr Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Jeder Patient sollte in die Lage versetzt werden, sich medizinische Kenntnisse anzueignen, um bewusster Entscheidungen zur eigenen Gesundheit treffen zu können. Die LSAP wird die Digitalisierung des Gesundheitssystems konsequent vorantreiben.

Für eng langfristige Gesundheitsprävention ...

Die LSAP wird verstärkt auf Gesundheitsprävention setzen und eine langfristige Gesundheitsstrategie entwickeln. Alle bestehenden Präventionsprogramme sollen evaluiert und als Grundlage für den ersten Nationalen Gesundheitsplan dienen. Dabei geht es u.a. um klare Zielsetzungen und konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt chronischen Erkrankungen und Pathologien mit hoher Sterblichkeitsrate wie Herz- und Kreislauferkrankungen.

Eine vorrangige Zielsetzung der nationalen Gesundheitspolitik wird der Kampf gegen Fettsucht sein. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang weiter am Rahmenprogramm „Gesund essen, méi bewegen“ festhalten. Gesunde Ernährung zählt zu den weiteren Prioritäten in Sachen Krankheitsprävention. Die LSAP setzt dabei verstärkt auf Partnerschaften mit den Gemeinden, Arbeitgebern, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Kantinenbetreibern, Vereinen, Landwirten und Lebensmittelproduzenten.

... gegen den Alkoholmissbrauch

Alkoholmissbrauch ist eine Volkskrankheit mit schwerwiegenden Folgen für betroffene Menschen und ihr unmittelbares Umfeld. Auch Jugendliche sind durch missbräuchlichen und wiederholten Alkoholkonsum stark gefährdet. Gelegentliche Alkoholexzesse schädigen die körperliche und geistige Gesundheit, während Komatrinken zu lebensbedrohlichen Situationen führen kann. Vor diesem Hintergrund drängt sich eine Anpassung des legalen Alters für den Kauf und Konsum von alkoholischen Getränken von derzeit 16 auf 18 Jahre auf. Die LSAP wird sich dabei an entsprechenden Regelungen in anderen EU-Staaten orientieren.

Darüber hinaus wird die LSAP über Preispolitik und Werbung für Alkoholgetränke nachdenken und ein Werbeverbot für Alkoholika ins Auge fassen, das sich an ein junges Zielpublikum richtet. Daneben soll mit Warnhinweisen auf mögliche Gesundheitsrisiken von Alkoholkonsum aufmerksam gemacht werden.

Fir eng zäitgeméiss sozial Ofsécherung

Die LSAP wird nicht an den Grundlagen einer solidarischen Finanzierung der Sozialversicherung rütteln. Die gesetzliche Krankenversicherung muss für alle Bürger obligatorisch bleiben, unabhängig von ihrem Einkommen. Dasselbe gilt für das Prinzip der Konventionierung der medizinischen Leistungserbringer. Die LSAP wird dafür sorgen, dass alle Versicherten - unabhängig von ihrem Krankheitszustand und ihrer finanzieller Lage - Zugang zur gleichen medizinischen Versorgung haben.

Die LSAP wird die Krankenversicherung auch in Zukunft weiter ausbauen und ihre Leistungen und Dienste gezielt verbessern:

- bei der Kostenübernahme für zahnärztliche Leistungen (u.a. für Zahnimplantate), Hörgeräte, Brillen, Kontaktlinsen und Eingriffe zur Verbesserung der Sehkraft ...
- durch die Abschaffung von 1.-Klasse-Zuschlägen auf Arzthonoraren: als Kompensation schlägt die LSAP angepasste Vergütungen für die Ärzte vor
- durch die Einführung des „tiers payant généralisé“
- durch die Rückerstattung von Kosten für wirksame alternative Behandlungsmethoden, u.a. für Osteopathie
- durch die Einführung von Einzelfallentscheidungen bei Sonder- und Härtefällen, im sozialen Bereich insgesamt
- durch die Kostenübernahme aller Verhütungsmitteln ohne Altersbegrenzung
- durch die Kostenrückerstattung und die Tarifikation von medizinischen Akten und paramedizinischen Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem Gesetz über Sterbehilfe (...)

Fir sécher Renten

Der Generationenvertrag wird mit den Sozialisten auch in Zukunft Bestand haben. Sichere Renten sind die verdiente Anerkennung einer Lebensleistung, die auf der Grundlage vormals erbrachter Beitragszahlungen per Umlageverfahren vergütet wird. Die LSAP wird an den Grundlagen des gesetzlichen Rentensystems festhalten. Aufgrund der großen Rentenreserven sieht die LSAP, was dessen Finanzierung angeht, kurzfristig keinen Handlungsbedarf. Rentenkürzungen und eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wird es mit der LSAP daher nicht geben. Die Sozialisten unterstützen dagegen Bemühungen, das tatsächliche Renteneintrittsalter näher an das legale Alterslimit von 65 Jahren heranzuführen.

Mittel- und langfristig muss angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung auch über alternative Einnahmequellen und zusätzliche Finanzierungsmodelle nachgedacht werden. Mit zunehmender Digitalisierung sollte nicht allein der Faktor Arbeit, sondern auch der Produktivitätsgewinn als Beitragsgrundlage für die langfristige Finanzierung der Renten herangezogen werden.

Die LSAP setzt sich für den Aufbau eines Rentenfonds im öffentlichen Dienst ein, um die Finanzierung der öffentlichen Renten abzusichern.

Fir eng optimal Fleegeversécherung

Die Pflegeversicherung wurde 1999 auf Vorschlag der Sozialisten eingeführt und 2017 auch auf Initiative der LSAP reformiert. Seit ihrer Einführung zählt die Pflegeversicherung zu den großen sozialpolitischen Errungenschaften und gesellschaftlichen Fortschritten in Luxemburg. Nicht nur Pflegebedürftige profitieren von einer umfangreichen Versorgung in spezialisierten Einrichtungen bzw. zu Hause durch Pflegedienste oder Pflegepersonen; auch die Angehörigen von Pflegebedürftigen werden durch die Leistungen der Pflegeversicherung wesentlich entlastet und können ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen dadurch besser nachkommen.

Die LSAP wird auch weiterhin an den Errungenschaften der Pflegeversicherung und einer verbesserten Pflege und Qualitätskontrolle festhalten, um den Bedürfnissen der Versicherten durch angepasste Leistungen besser Rechnung tragen zu können.

Fir en inklusive Wuesstemsmodell

Die Wirtschaft steht im Dienst der Menschen und der Allgemeinheit, nicht umgekehrt. Wir brauchen also Wachstum, aber ein anderes Wachstum als bisher. Wir brauchen ein „qualitatives Wachstum“, das weniger negative Konsequenzen nach sich zieht: das weniger Ressourcen verbraucht und Lebensräume zerstört, weniger Verkehrsaufkommen generiert, weniger personalintensiv ist, dafür aber stärker auf Produktivität und Nachhaltigkeit setzt.

Wir brauchen ein inklusives Wachstumsmodell für Luxemburg, das gute und sichere Arbeitsplätze schafft, statt Prekarität, das produktiv ist und gute Löhne ermöglicht, und den geschaffenen Wohlstand gerecht verteilt, anstatt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen.

Fir wirtschaftlech Diversifizierung

Die LSAP wird die Diversifizierung der Wirtschaft weiter vorantreiben. Luxemburg kann nicht ausschließlich auf den Dienstleistungssektor setzen. Zu einer breit aufgestellten, stabilen Wirtschaftsstruktur gehören auch Handwerks- und Industriebetriebe, die Arbeitsplätze für unterschiedlichste Berufe und Talente anbieten. Luxemburg muss auch Industrie- und Produktionsstandort bleiben.

Die LSAP wird verstärkt auf Kreislaufwirtschaft setzen und die bestehenden Kompetenz-Cluster (Logistik, Automobil, Materialien, ICT, Biotech, Umwelt-Technologien) weiter ausbauen. Die LSAP wird den Mobilfunk konsequent verbessern und dafür sorgen, dass Luxemburg den 5G-Mobilfunk als erstes Land in Europa einführt. Sie wird neue, zukunftsweisende Sektoren wie z.B. Weltraum-Technologie („Space Mining“), die Holzverarbeitende Industrie, die Kreativindustrien (Film, Medien, Gaming, Kunst, Design, Mode, Architektur, usw.) und den Bereich der sogenannten Plattform-Ökonomie besonders fördern. Darüber hinaus wird sie Klein- und Mittelbetriebe gezielt unterstützen, das erfolgreiche Nation-Branding und die Restrukturierung und Professionalisierung des Tourismus-Sektors konsequent fortsetzen.

Auch der Finanzsektor wird in Zukunft ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft bleiben. Statt auf Geschäftsbereiche zu setzen, die auf der Ausnutzung steuerlicher und regulatorischer Vorteile beruhen, muss sich der Finanzsektor auf seine echten Kompetenzen konzentrieren und sich verstärkt in den Dienst der Realwirtschaft stellen.

Fir Wëssenschaft a Fuerschung

Die LSAP hat die Schaffung einer eigenständigen Universität stets gefördert, weil sie als Ort für kritischen Meinungs austausch wesentlich zur Weiterentwicklung von Land und Menschen beiträgt und Luxemburg als Wissenschafts- und Forschungsstandort auf der Weltkarte positioniert hat. Für die Sozialisten steht zweifelsfrei fest, dass das Streben nach Exzellenz in den Bereichen Forschung und Lehre immer Hand in Hand mit der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft gehen muss.

Die LSAP wird sich auch in Zukunft darum bemühen, die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandort zu steigern. Im Bereich der Forschung setzt die LSAP auf eine kohärente Strategie, die sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung in ihre Überlegungen einbezieht. Die Umsetzung einer kohärenten Forschungsstrategie kommt ohne die notwendigen Ressourcen nicht aus. Die LSAP wird an der budgetären Ausrichtung der vergangenen Jahre festhalten und die öffentlichen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation tendenziell ansteigen lassen. In diesem Kontext scheint eine Zielsetzung von 3 bis 3,5 Prozent des BIP bis zum Horizont 2030 realistisch und im europäischen und internationalen Vergleich unabdingbar.

Fir eng nohalteg Landwirtschaft

Die LSAP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Abhängigkeit der Betriebe von importierten Produktionsmitteln verringert, ihre Produktionsmethoden nachhaltiger gestaltet und weitgehend nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft funktioniert.

Sowohl konventionelle als auch Biobetriebe müssen sich in diesem Sinne weiterentwickeln. Die Lebensmittelproduktion muss diversifiziert werden und sich stärker an der regionalen Nachfrage orientieren. Agrarflächen müssen an erster Stelle für die Lebensmittelherstellung und in geringerem Maß für die Futtermittelproduktion und Energieerzeugung genutzt werden. Die LSAP lehnt Intensivtierhaltung ab. Milch- und Rindfleischproduktion müssen auf bodengebundene sprich nachhaltige Tierhaltung ausgerichtet sein. Eine nachhaltige Landwirtschaft kommt ohne umweltschädliche Pestizide und synthetischen Dünger aus.

Auch für den Weinbau gilt das Motto „Klasse statt Masse“. Luxemburger Winzer produzieren ausgezeichnete Qualitätsweine. Dieses hohe Qualitätsniveau muss erhalten und nach Möglichkeit verbessert werden. Die LSAP wird entsprechende Vermarktungsstrategien fördern und besonders Kunden aus der Großregion für die Vorzüge dieses Luxemburger Qualitätsproduktes sensibilisieren. Der Bioweinbau wird gefördert und die Zertifizierung als zusätzliches Verkaufsargument valorisiert.

Fir e bessere Konsumenteschutz

Für die LSAP stehen die Konsumenten im Mittelpunkt der Verbraucherschutzpolitik. Nicht die Interessen der Unternehmen dürfen die Verbraucherschutzpolitik bestimmen, sondern einzig und allein Rechte der Verbraucher. Die LSAP wird eine gesetzliche Basis für Sammel- bzw. Musterklagen schaffen, damit geschädigte Verbraucher ihre Rechte wirksam einklagen können; sie wird sich für die Schaffung einer unabhängigen Behörde für Verbraucherschutz und Wettbewerbsrecht einsetzen und auf europäischer Ebene für eine verbesserte Kennzeichnungspflicht u.a. bei Lebensmitteln und Kosmetika einsetzen.

Im Zeitalter der Digitalisierung und des „Big Data“ ist Verbraucherschutz mehr denn je auch Datenschutz. Daher wird sich die LSAP nicht nur für strenge Regeln im Bereich des Datenschutzes einsetzen, sondern auch dafür sorgen, dass die Verbraucher ihre Rechte in diesem Bereich wirksam durchsetzen können. Die nationale Datenschutzkommission wird dazu die nötigen Mittel erhalten.

Fir e faire Welthandel

Die LSAP setzt sich für einen ethischen und fairen Welthandel ein. Der Handel muss der sozialen Entwicklung von allen beteiligten Ländern dienen, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und die Menschenrechte garantieren.

Die LSAP erkennt den Nutzen und die Notwendigkeit multilateraler und bilaterale Handelsabkommen an; sie besteht jedoch darauf, dass diese in aller Transparenz ausgehandelt und auf demokratischem Weg diskutiert und beschlossen werden, und dass sie hohe soziale und ökologische Standards festschreiben, um Umwelt- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.

Die LSAP wird sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass transnationale Unternehmen verbindlich dazu verpflichtet werden, ihre Lieferkette zu kennen und die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien zu überwachen.

Fir méi eng gerecht Verdeelung vun eisem Rächtum

Die LSAP wird zum 1. Januar 2019 den Mindestlohn als Sofortmaßnahme um 100 Euro netto erhöhen. Darüber hinaus befürwortet sie eine strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung. Wer arbeitet und zum Wohlstand des Landes beiträgt, muss leistungsgerecht entlohnt und am Produktivitätszuwachs beteiligt werden. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass alle Menschen von ihrem Einkommen leben können, ohne Sozialhilfe beantragen zu müssen. Arbeit muss sich lohnen und darf nicht gleichbedeutend sein mit Armutsrisiko.

Die LSAP wird die Schwächsten in unserer Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen unterstützen und sicherstellen, dass dort gezielt geholfen wird, wo die Not am größten ist. Alleinerzieher sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt und tragen somit eine große Verantwortung für ihre

Kinder. Die Sozialisten werden Alleinerzieher konsequent unterstützen und sie weiter steuerlich entlasten.

Die LSAP hat in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass der automatische Index-Mechanismus wieder voll eingesetzt wird, um die Preissteigerung und den erlittenen Kaufkraftverlust nachträglich zu kompensieren. Die LSAP wird auch weiterhin ohne Abstriche an diesem System festhalten.

Fir méi eng gerecht Steuerpolitik

Die LSAP wird sich für eine Neujustierung der Steuerpolitik einsetzen und der ungleichen Besteuerung von Arbeit und Kapital entgegenwirken. Die LSAP wird in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen einer weiteren Steuerreform die mittleren und unteren Einkommen entlasten und dabei verstärkt Alleinerzieher, Mindestlohnbezieher und Verwitwete berücksichtigen.

Die LSAP wird den sozialen Mindestlohn durch eine Anhebung der Steuergutschrift für Arbeitnehmer und Rentner von der Einkommensteuer befreien. Die Steuerklasse 1A wird im unteren Bereich günstiger gestaltet. Die Steuergutschrift für Alleinerzieher wird deutlich angehoben.

Für die LSAP gibt es keine Notwendigkeit, den Unternehmenssteuersatz weiter zu senken. Vielmehr wird es darum gehen, den Faktor Arbeit langfristig zu entlasten und den Produktivitätsgewinn im Rahmen der digitalen Entwicklung stärker zu belasten. Die Sonderregelung für Stock-Options wird die LSAP nach einer Übergangsfrist ersatzlos streichen.

Auch bei der Mehrwertsteuer wird die LSAP im Rahmen möglicher Flexibilität nachbessern und gemeinnützige Dienstleistungen und Güter des täglichen Bedarfs neu einstufen bzw. mit dem super-reduzierten TVA-Satz von 3 Prozent belegen. Das gilt u.a. für Hygieneartikel, tierärztliche Dienstleistungen und verpackungsfreie Produkte. Auch Reparaturen und Recycling-Produkte sollten mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent belegt werden.

Fir bezuelbare Wunnraum

Vorrangig geht es für die LSAP in den kommenden Jahren darum, Spekulation auf Grundstückspreisen zu bekämpfen, neues Bauland zu erwerben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Wohnungsangebot massiv zu steigern. Ohne echte Wohnungsbauoffensive wird die Wohnungsnot in absehbarer Zeit nicht zu lindern sein.

Die LSAP wird die Baulandspekulation konsequent bekämpfen durch die Einführung einer nationalen Spekulationssteuer und einer Wertschöpfungsabgabe. Sie wird zudem auf Grundstücksenteignungen (mit entsprechenden Entschädigungen) zurückgreifen, falls öffentliche Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert werden.

Die LSAP wird die Anschaffung von Bauland für die öffentliche Hand fördern und einen staatlichen Wohnungsbaufonds schaffen. Sie wird den Wohnungsbaupakt zwischen Staat und Gemeinden

neu auflegen und verbessern und das Vorkaufsrecht für Staat, Gemeinden und öffentlichen Bauträger stärken.

Die LSAP wird die Prozeduren weiter vereinfachen und beschleunigen.

Fir eng Upassung vun de Wunnengsbäihëllefen

Die LSAP tritt dafür ein, alle bestehenden Maßnahmen nachzubessern, die den Zugang zum Eigenheim oder einer Mietwohnung erleichtern. Die LSAP wird die Beihilfen aufstocken und dabei insbesondere Familien mit Kindern begünstigen. Der „Bëllegen Akt“, der zurzeit einem Steuerkredit von 20.000 Euro pro Person entspricht, soll pro Kind um 10.000 Euro angehoben werden.

Beim Bau von Erstwohnungen und Renovierungsarbeiten gilt der superreduzierte TVA-Satz von drei Prozent mit einem Höchstbetrag von 50 000 Euro. Diesen Höchstbetrag wird die LSAP um 10.000 Euro erhöhen.

Die Staatsgarantie beim Erwerb eines ersten Eigenheims sollte nachgebessert werden, um Bürgern verstärkt dabei zu helfen, ein Immobiliendarlehen bei einer Bank zu erlangen. Die LSAP spricht sich für eine Verdreifachung der Staatsbürgschaft aus. Daneben sollten Mietkaufmodelle entwickelt werden, die es auch Geringverdienern ermöglichen, Geld über den gezahlten Mietzins anzusparen, um die Immobilie späterhin erwerben zu können.

Fir besser Bedingunge fir d'Locatairen

Die LSAP wird verstärkt Mieter unterstützen, die in der Regel keine eigene Wohnung erwerben können. Neben dem eingeführten Mietzuschuss will die LSAP dafür sorgen, dass anfallende Vermittlungsgebühren bei der Unterzeichnung eines Mietvertrags nicht einseitig zu Lasten der Mieter gehen. Auch Vermieter müssen ihren Beitrag leisten und ihren Teil der anfallenden Kosten übernehmen. In Zukunft sollte der Auftraggeber die Kosten für die Vermittlung übernehmen. Darüber hinaus wird die LSAP die Gesetzgebung über die Mietgemeinschaft verbessern und Untermieten vereinfachen, um so den Ansprüchen auf neue Wohn- und Lebensformen gerecht zu werden. Daneben spricht sich die LSAP für die Einführung einer regelrechten Mietpreisbremse und die Erstellung eines Mietspiegels auf der Grundlage kommunaler Mietkataster aus.

Die LSAP spricht sich des Weiteren für die Weiterentwicklung von sozialen Immobilienagenturen und die Schaffung von erschwinglichen Mietwohnungen auf kommunaler Ebene aus. Weiter wird die LSAP die Schaffung von kommunalen und interkommunalen Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen, die dazu beitragen können, das Wohnungsangebot weiter zu steigern und alternative Kaufmodelle zu entwickeln.

Fir eng Neiausriichtung vun der Kulturförderung

Die LSAP wird die Kulturfördersysteme anpassen, neue Zugänge gewährleisten, Partizipation ermöglichen und den Nachwuchs verstärkt unterstützen. Sie wird insbesondere die vielen kleinen

Projekte, die auf lokaler Ebene stattfinden und Jugendliche direkt erreichen, grundlegender fördern.

Die LSAP wird die Vereinfachung der immer noch komplexen und bürokratischen Förderprozeduren vorantreiben. Sie steht für einen Ausgleich und eine Neugewichtung zwischen institutioneller Kulturförderung, Projektförderung und personenbezogener Förderung. Die LSAP befürwortet die Gründung von „LuxCreation“ als nationaler Agentur für die kreativen und kulturellen Berufe und Vereinigungen.

Grundschulen, Lyzeen, Musikschulen, Universitäten, Fachhochschulen und Fortbildungszentren sollten enge Partnerschaften mit Kunstschaffenden und Kulturträgern eingehen. Die LSAP befürwortet die Einrichtung eines Kulturpasses, der Schülern und Studenten Gratis-Einlass zu öffentlichen Kultureinrichtungen gewährt.

Die LSAP setzt sich auch für eine bessere Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden in der Kulturpolitik ein. Die LSAP sichert darüber hinaus dem Projekt Europäische Kulturhauptstadt „Esch 2022“ und der Südregion ihre volle Unterstützung zu und fordert in diesem Kontext den Erhalt der Gebläsehalle in Belval, einer der ältesten Zeitzeugen der regionalen und nationalen Industriekultur.

Die LSAP wird die längst überfällige Reform des Denkmalschutzes in Angriff nehmen und das verabschiedete Archivgesetz auf seinen praktischen Nutzen und seine Effizienz hin überprüfen.

Fir eng konsequent Sportförderung

Damit der Sport jenen Stellenwert behält, der ihm in unserer vielschichtigen Gesellschaft zukommt, wird die LSAP an einem eigenständigen Sportministerium festhalten. Die LSAP wird den Schul-, Breiten- und Hochleistungssport auf allen Ebenen unterstützen und an den bewährten Grundlagen einer gezielten Sportförderung festhalten. Das gilt sowohl für die finanzielle Unterstützung von Vereinen und Sportförderungen als auch für den Ausbau und die Modernisierung notwendiger Sportinfrastrukturen.

Das 2013 gegründete Sportlyzeum ist eine wichtige Einrichtung zur Entwicklung junger Sportler. Die LSAP wird das Sportlyzeum schrittweise mit jenen Infrastrukturen und Mitteln ausstatten, die notwendig sind, damit es optimal funktionieren und seinen Zweck erfüllen kann.

Die LSAP wird sich weiter darum bemühen, die Arbeits- und Fortbildungsbedingungen für Spitzensportler zu verbessern. Die konsequente Förderung des Elitesports trägt in einem besonderen Maß zur Imagepflege des Landes bei. Durch die großartigen Leistungen Luxemburger Spitzensportler ist es gelungen, das kleine Luxemburg auf der Weltkarte des Hochleistungssports zu etablieren. Ein entsprechendes Spitzensportlerstatut verbessert die Rahmenbedingungen der Elitesportler. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass entsprechende Maßnahmen konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Breitensport versteht sich als vielseitiges Angebot an alle Generationen und Gesellschaftsschichten. Die LSAP wird Initiativen wie die „Europäische Sportwoche“, „BeActive“ oder „Fit 50+“ sowie andere Pilotprojekte zur Förderung des Breitensports unterstützen und den nationalen Aktionsplan „Gesond iessen, méi bewegen“ fortsetzen und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Fir méi Biergerbedeegung

Die LSAP wird zusätzliche Spielräume schaffen für aktive Bürgerbeteiligung und gemeinnütziges Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Bürgerinnen und Bürger wollen auch über die reine Wahlpflicht hinaus an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Der große Zuspruch, den Petitionen haben, zeugt hiervon. Die LSAP trägt diesem Sachverhalt Rechnung und fördert eine stärkere Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen des Landes. Wichtige Themen (z.B. Landesplanung, kommunale Flächennutzung, Bebauungspläne, Gemeindefusionen), die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, sollten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf einer möglichst breiten Ebene diskutiert werden.

Bürger sollen darüber hinaus ein Initiativrecht bekommen, um Gesetzesvorschläge im Parlament einzubringen, die den zuständigen Parlamentsausschüssen zur Beratung und dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden müssen, sofern sie von mindestens 12.500 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden.

Fir d'Stärkung vum Benevolat

Bürgerinnen und Bürger, die sich an ehrenamtlichen Aktivitäten beteiligen, sind für ein gut funktionierendes Gemein- und Sozialwesen unerlässlich. Die LSAP wird gemeinnützige Initiativen auch in Zukunft unterstützen und soziales Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv fördern.

Die LSAP wird die Schaffung eines ehrenamtlichen Statuts anregen, um engagierten Bürgern und Zeitschenkern im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine soziale Absicherung zu ermöglichen. In diesem Sinne befürwortet die LSAP auch die grundsätzliche Übernahme anfallender Kosten für eine Unfallversicherung zur Abdeckung möglicher Risiken in Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Darüber hinaus wird die LSAP Fortbildungsmaßnahmen und Sonderurlaubsregelungen unterstützen, die sich zur Ausübung von ehrenamtlichen Aufgaben als notwendig erweisen. Daneben befürwortet die LSAP zusätzliche Anreize zur Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Einführung einer Ehrenamtskarte könnte beispielsweise an Preisermäßigungen bei Kultur- und Sportveranstaltungen.

Fir autonom Gemengen

Die LSAP wird die Gemeindeautonomie mit Nachdruck verteidigen. Die auf Betreiben der LSAP durchgesetzte Gemeindefinanzreform war ein wichtiger Schritt. Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren an dieser soliden und gerechten Finanzgrundlage festhalten und dafür sorgen, dass Gemeinden ihre Aufgaben und Pflichten zur Zufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können. Mit der LSAP wird es daher keinen Rückschritt in Sachen Gemeindefinanzierung geben.

Gemeindefusionen sind kein Selbstzweck und dürfen nicht vom Staat verordnet werden. Zwangsfusionen verstoßen nicht nur gegen das Prinzip der Gemeindeautonomie, sondern stellen aus LSAP-Sicht auch eine Verletzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung dar, die von Luxemburg unterzeichnet wurde. Die LSAP wird Fusionen zwischen Kommunen nur dort unterstützen, wo es in den Augen der Gemeinden und ihrer Bürger Sinn macht und durch ein lokales Referendum bestätigt wurde.

Fir en zäitgeméisst Gemengegesetz

Handlungsbedarf sieht die LSAP, was die Gemeindegesetzgebung und kommunalen Kompetenzen angeht. Die Aufgabenbereiche der Gemeinden werden immer zahlreicher und vielseitiger. Aus diesem Grund macht es Sinn, die kommunale und interkommunale Gesetzgebung zu überarbeiten und zusammenzulegen. Ein neues Gemeindegesetz soll u.a. die pflichtmäßigen Aufgaben der Kommunen neu festlegen und die Gemeindedienste entsprechend ausstatten.

Die LSAP setzt sich für eine Aufwertung der Gemeindemandate und eine Anpassung der „Congé politique“-Bestimmungen ein. Einer prinzipiell wünschenswerten Trennung der Mandate der kommunalen Exekutive von nationalen Abgeordnetenmandaten wird die LSAP nur zustimmen, wenn sichergestellt wird, dass der kommunale Sektor ein wichtiger und mitentscheidender Faktor im Gesetzgebungsprozess bleibt.

Fir eng Neiausrichtung vun der Grundsteuer

Die LSAP spricht sich für eine grundlegende Reform der Grundsteuer aus. Dabei muss einerseits garantiert werden, dass Spekulation auf Grund und Boden deutlich höher besteuert wird. Andererseits kann über eine Entlastung jener Haushalte diskutiert werden, die nur über eine einzige Eigentumswohnung verfügen.

Falls die Grundsteuer zu einem gewichtigen Bestandteil der Gemeindefinanzierung werden soll, muss es im Gegenzug zu einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform kommen.

Fir kommunal Entwécklung a Landesplanung

Die Entwicklung der Gemeinden und die kommunale Raumplanung stehen in direktem Zusammenhang mit der nationalen Landesplanung. Eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Staat ist in diesem Bereich unumgänglich. Die LSAP erwartet, dass die Entwürfe für die vier sektoriellen Leitpläne „Transport“, „Wohnen“, „Landschaften“ und „Zonen für wirtschaftliche Aktivitäten“, die von der Regierung am Ende der Legislaturperiode in die öffentliche Prozedur gegeben wurden, zügig beurteilt und in Kraft gesetzt werden. Den Stellungnahmen von Bürgern und Gemeinden muss dabei Rechnung getragen werden.

Die sektoriellen Leitpläne werden dringend gebraucht, um eine geordnete Entwicklung zu gewährleisten, die ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen sektoriellen Bedürfnissen schafft und eine effiziente Nutzung des sehr begrenzten Luxemburger Territoriums erlaubt.

Fir grenziwwerschreidend Zesummenaarbecht

Die LSAP ist überzeugt, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landesplanung immer wichtiger wird. Gleiches gilt für die Bereiche Mobilität, Umweltschutz und den schonenden Umgang mit Naturressourcen. Die Probleme sind überall ähnlich und müssen gemeinsam gelöst werden.

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Grenzregionen ist im Interesse Luxemburgs, weil sie das Gefälle zwischen den Regionen verringert und den Wachstumsdruck besser aufteilt. Im Hinblick auf die vielen Grenzgänger ist es auch sinnvoll, dass Luxemburg sich finanziell an bestimmten Infrastrukturprojekten jenseits seiner Landesgrenzen beteiligt.

Fir en aktive Klimaschutz

Luxemburg muss seine Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahren schrittweise verringern. Daraus ergeben sich für die LSAP klare Prioritäten:

- die Verringerung des Verkehrsaufkommens
- die Steigerung der Energieeffizienz
- die Förderung erneuerbarer Energien
- die digitale Vernetzung von Energieversorgung, Kommunikation und Mobilität

Auch der Treibstoffexport und der Tanktourismus lasten schwer auf der nationalen CO₂-Bilanz. Da die Einnahmen aus dem Treibstoffverkauf voraussichtlich abnehmen und möglicherweise ganz ausfallen können, setzt sich die LSAP dafür ein, dass der Anteil der Einnahmen, der dem Treibstoffexport zugerechnet werden kann, in zukunftsweisende Projekte investiert wird, um die Abhängigkeit Luxemburgs von Energieimporten zu verringern.

Auch der zunehmende Flugverkehr ist für ein hohes Maß an Treibhausgasemissionen verantwortlich und beeinträchtigt die Lebensqualität von vielen Menschen. Die LSAP wird sich für die Einhaltung des Nachflugverbotes einsetzen. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Lande- und Starterlaubnisse am Flughafen Findel an Effizienzkriterien gebunden werden.

Fir e klore Nee zur Atomenergie

Die LSAP wird sich weiterhin für die Schließung der grenznahen und veralteten Atomkraftwerke einsetzen. Der notwendige Ausstieg aus fossilen Energien rechtfertigt nicht den Bau neuer Atomkraftwerke. Die Altlasten, Langzeitfolgen und Risiken der zivilen Nutzung von Atomenergie stellen eine große Hypothek für heutige und künftige Generationen von Menschen und Tieren dar. Atomenergie ist für die LSAP daher keine Option; sie ist weder nachhaltig noch unbedenklich.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Euratom-Vertrag reformiert wird. Der Bau neuer Atomkraftwerke darf nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Auch die Haftungsregeln für Betreibergesellschaften müssen überarbeitet und verschärft werden. Für die LSAP führt mittel- und langfristig kein Weg am Atomausstieg vorbei.

Fir Natur- an Aarteschutz

Im Umweltbereich wurden in der zu Ende gehenden Legislaturperiode neue Gesetze und Reglementierungen ausgearbeitet, von denen einige noch auf dem Instanzenweg sind. Diese neuen Bestimmungen müssen sich in der Praxis bewähren. Die Umsetzung dieses komplexen Regelwerks aus Vorschriften, Prozeduren und ausgewiesenen Schutzzonen muss regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Hierzu zählt das kürzlich in Kraft getretene neue Naturschutzgesetz. Die LSAP will die bisherigen Initiativen im Sinne eines verbesserten Managements der Natura-2000-Zonen weiterführen und die Sensibilisierung der Allgemeinheit für den Schutz der Biodiversität verstärken.

Wälder bedecken rund 35 Prozent des Luxemburger Territoriums. Sie stellen einen wichtigen Lebensraum für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten dar und müssen in einem guten Zustand erhalten werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der bereits vorliegende Entwurf für ein neues Waldgesetz gleich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten kann.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde erstmals in Luxemburg ein Entwurf für ein Bodenschutzgesetz vorgelegt. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass dieses Gesetzesprojekt ohne Zeitverlust diskutiert, gegebenenfalls ergänzt und verabschiedet wird.

Fir d'Ofsécherung vun der Drénkwaasserversuergung

Auch wenn die Trinkwasservorräte derzeit ausreichend sind, müssen Vorkehrungen für die Zukunft getroffen werden. Um die Versorgungssicherheit im Trinkwasserbereich zu verbessern, wird die LSAP innerhalb der Großregion für die Anbindung an ausländische Trinkwasserversorgungsnetze eintreten.

Mit der LSAP wird es keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung geben. Die LSAP tritt für einen verantwortungsbewussten Wasserkonsum und einen schonenden Umgang mit diesem kostbaren Gut ein. Die LSAP setzt sich für die weitere Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ein und wird auch weiterhin Renaturierungsprojekte fördern.

Fir Offallvermeidung a géint de Plastik

Die LSAP wird Vorkehrungen und Maßnahmen unterstützen, die Abfall vermeiden. Kreislaufwirtschaft und Sharing Economy können einen wichtigen Beitrag hierzu leisten. Darüber hinaus muss die Abfallentsorgung weiter optimiert werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der neue Abfallbewirtschaftungsplan konsequent umgesetzt wird.

Die LSAP spricht sich für ein klares Ausstiegsszenario aus, was den Gebrauch von Plastikverpackungen und Plastikeinwegutensilien angeht. In einer ersten Phase sollen Produzenten und Verbraucher durch Sensibilisierungsmaßnahmen verstärkt auf das globale Umweltproblem Plastikmüll aufmerksam gemacht werden. In einer zweiten Phase werden die Sozialisten die Nutzung von Plastikverpackungen und -einwegutensilien durch steuerliche Maßnahmen einschränken, bevor in einer dritten Phase Verbote und Sanktionen per Gesetz verhängt werden. Am Ende der kommenden Legislaturperiode wird Phase 3 eingeleitet.

Fir d'Rechter vun den Déieren

Die aktuelle Regierung hat ein neues fortschrittliches Tierschutzgesetz ausgearbeitet. Die LSAP begrüßt diese Initiative und wird sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung dieser Gesetzesvorlage in der Praxis zu einer spürbaren Verbesserung im Umgang mit Tieren führt.

Darüber hinaus wird der Tierschutz Einzug in das neue Grundgesetz halten, das in der kommenden Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Damit wird der Stellenwert und Schutz der Tiere eine neue gesellschaftliche Qualität bekommen. Dadurch wird auch unmissverständlich klar, dass nicht nur Menschen, sondern auch Tiere Rechte haben und schützenswert sind.

Die LSAP setzt sich konsequent für einen artgerechten Umgang mit Haus-, Nutz- und Wildtieren ein. Konzentrierte Intensivtierhaltung ist mit Tierschutz bzw. einer artgerechten Tierhaltung unvereinbar und muss strikt unterbunden werden. Tiertransporte, Schlachthäuser, Tierversuche und Tierhandel müssen ihrerseits strengen Kontrollen unterliegen. Jedwede Form von Tierquälerei muss geahndet und konsequent bestraft werden.

Fir eng verbessert Mobilitéit

Die Priorität muss der Erweiterung des öffentlichen Transportangebotes gelten. Die LSAP wird den kostenlosen öffentlichen Transport in der kommenden Legislaturperiode einführen und dafür sorgen, dass das vorhandene Angebot im Vorfeld entsprechend ausgebaut und verbessert wird. Die Sozialisten werden weiterhin in den Ausbau des Eisenbahn-Netzes investieren.

Ein intelligentes, zukunftsfähiges Mobilitätskonzept, das dem Mobilitätsbedarf gerecht wird, muss multimodal sein und die Groß- bzw. Grenzregion mit einbeziehen.

Sichere separate Fuß- und Radwege innerorts erleichtern den Verzicht aufs Auto für kurze Strecken. Neue Radwege, die Entwicklungszentren auf direktem Weg verbinden, ergänzen das Mobilitätsangebot. Das Straßennetz muss auch in Zukunft ausgebaut und sicherer gestaltet werden; diese notwendige Infrastruktur muss jedoch effizienter genutzt werden.

Fir d'Reduzierung vum Verkéier

Neben einer verbesserten Mobilität im Bereich des öffentlichen Transports wird es künftig auch darum gehen, den Mobilitätsbedarf und Individualverkehr durch alternative Angebote zu verringern. Flexiblere Arbeitszeiten und -modelle, zeitgemäße Infrastrukturen und eine verstärkte

Dezentralisierung können Abhilfe schaffen und einen wichtigen Beitrag zur Senkung des Verkehrsaufkommens leisten.

Die LSAP wird in diesem Sinne Telearbeit fördern, Pendlerhäuser bzw. Telearbeitszentren befürworten, die von Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen in Grenznähe und an Mobilitätsknotenpunkten eingerichtet werden.

Die LSAP spricht sich auch für die verstärkte Dezentralisierung öffentlicher Verwaltungen aus, die in direktem Kontakt mit den Bürgern und Kunden stehen. Auch eine Flexibilisierung der Arbeits- und Schulzeiten kann die Verkehrssituation zu Stoßzeiten entlasten und den Verkehr über längere Zeiträume besser verteilen.

Fir den Ausbau vun den Transportinfrastrukturen

In den vergangenen Jahren wurde viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Mit der Inbetriebnahme der hauptstädtischen Tram wurde eine langjährige Forderung der LSAP Realität. Die Tram wird das öffentliche Mobilitätsangebot wesentlich verbessern. Doch das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Entwicklung werden die Nachfrage an benutzerfreundlichen Mobilitätsangeboten weiter steigern. Ein Ausbau des Tram-Netzes drängt sich auf. Zu den großen Prioritäten, was den Ausbau des Schienennetzes angeht, zählt auch die Verbindung zwischen den Hauptentwicklungszentren Nordstad, Luxemburg und Esch/Alzette.

Beim Straßenbau werden die Sozialisten dem Bau lokaler Umgehungsstraßen den Vorrang geben. Aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung von Rückstaus bei Unfällen muss die Hauptachse des internationalen Durchgangsverkehrs (Arlon-Luxemburg-Thionville) ausgebaut werden. Die Escher Autobahn (A4) soll auf drei Spuren erweitert werden, wobei die zusätzliche Spur für Busse und Autos mit Mitfahrern reserviert wird.

Die LSAP wird auch weiterhin sanfte Mobilität fördern. Die LSAP wird den Ausbau des nationalen Radwegenetzes forcieren und dabei besonders den Alltags- und Berufsverkehr berücksichtigen und sicherstellen, dass nationale Radwege bis ins Zentrum der Ortschaften und Städte hineinreichen. Daneben wird die LSAP Möglichkeiten ausloten, um neben der geplanten Verbindung zwischen Esch/Alzette und Stadt Luxemburg weitere Radschnellwege einrichten zu können.

Fir staarkt a solidarescht Europa

Für die LSAP gibt es keine Alternative zur EU, die angesichts großer Herausforderungen nicht nur den Ausbau und die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, sondern allen voran die Sozialunion vorantreiben muss.

Die LSAP hat klare Vorstellungen, wie sich die Europäische Union weiterentwickeln muss. In den kommenden Jahren wird es vorrangig darum gehen,

- die soziale Dimension innerhalb der EU zu stärken,
- die Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben,
- die Sicherheit und Verteidigung zu koordinieren und zu verbessern

- den Klima- und Umweltschutz aktiv voranzutreiben
- die europäischen Grundwerte zu verteidigen und verstärkt auf die Gemeinschaftsmethode zu setzen
- faire und transparente Handelsbeziehungen einzufordern und zu fördern
- Menschenhandel, illegale Immigration und Fluchtursachen zu bekämpfen

Nur eine solidarische Union ist eine starke Union! Die LSAP tritt für eine starke und solidarische Union ein, die Fremdenhass, Intoleranz und Rechtsextremismus aktiv bekämpft. Die Institutionen der Europäischen Union müssen so abgestimmt werden, dass die Gemeinschaftsmethode künftig wieder voll zum Zug kommt und als Grundlage europäischer Politik dient.

Die Lage an den Außengrenzen Europas hat sich nicht grundlegend verbessert. Für die LSAP ist eine Reform der europäischen Asylpolitik unabdingbar. Sie muss schnell umgesetzt werden, um Flüchtlingen ein würdevolles Leben in Europa zu ermöglichen.

Fir Demokratie, Mënscherechter an de Weltfridden

Das Völkerrecht als internationales Ordnungssystem, die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine aktive Friedenspolitik, die auf Konfliktvermeidung, internationale Zusammenarbeit und Solidarität setzt, bilden die Grundlage einer friedlichen Weltordnung, für die sich die LSAP seit jeher einsetzt.

Der allgemeinen Bedrohung des Weltfriedens muss konsequent mit einem multilateralen Politikansatz begegnet werden, der die kollektive Verantwortung für die Weltgemeinschaft nicht aus dem Blick verliert.

Die LSAP bekennt sich zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und hält an den drei Säulen der Luxemburger Außen- und Kooperationspolitik fest: Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung. Luxemburg ist Teil des NATO-Bündnisses und steht auch weiterhin zu dieser Verpflichtung. Die LSAP tritt für einen weitgefassten Sicherheitsbegriff ein, der sich nicht einseitig auf die Erhöhung von Militärausgaben fokussiert. Die LSAP setzt konsequent auf Friedensdiplomatie, Konfliktprävention, Krisenmanagement, humanitäres Engagement und Entwicklungshilfe.

Fir Entwécklungshëllef duerch Kooperatioun

Die LSAP unterstützt die Ausrichtung der Luxemburger Kooperation und Entwicklungshilfe. Sie setzt auf inklusives, nachhaltiges Wachstum, verantwortungsvolle Staatsführung und den Respekt der Menschenrechte und entspricht damit den Vorgaben der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Die LSAP ist auch weiterhin bereit, 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Kooperation und Entwicklungshilfe auszugeben. Die Finanzierung von internationalen Klimaschutzmaßnahmen und anfallende Kosten zur Aufnahme von Flüchtlingen werden auch weiterhin nicht als Entwicklungshilfe angerechnet.

Die LSAP tritt für die verbindliche Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der Luxemburger Kooperationspolitik ein. Der LSAP geht es darum, in Krisengebieten und Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, neue Perspektiven zu schaffen, in die Menschen zu investieren und gleichzeitig Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen.